

chef vom Dienst:  
2 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fredi Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.  
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 10. Februar 1987

Blatt 270

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Rekordumschlag im Containerterminal des Wiener Hafens (271/FS: 9.2.)
- Mädchen vom Dach der Stadtbahn gerettet (272)
- Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk (273)
- Planungsausschuß genehmigte Bauvorhaben (274)
- Stadtentwicklungsbericht 1986: Fortschritte und Probleme (275-277)
- Auch Bezirksvertretungen sollen Schlaglöcher melden (278)
- Experten-Gespräch über Psychotherapie (280)
- Wiener Umweltforderungen erfüllt (279)
- Beschluß des Stadtsenats zum Thema AIDS-Untersuchungen (281)
- Reinigen der Straßen von Streusplitt hat begonnen (282)



## **Rekordumschlag im Containerterminal des Wiener Hafens**

Wien, 9.2. (RK-WIRTSCHAFT) Der Wiener Hafen — mit den drei Unternehmungen WIENER HAFEN Gesellschaft m.b.H. (WHG), WIENER HAFEN UND LAGER Ausbau- und Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. (WHV), WIENER HAFEN Lager und Umschlagsbetriebe Gesellschaft m.b.H. (WHL) — verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Der Wiencont Containerterminal brachte es auf einen Jahresumschlag von mehr als 50.000 Einheiten, was den dritten Rekord in ununterbrochener Reihenfolge bedeutete. Auch die Bemühungen, den kostengünstigen und umweltfreundlichen Wassertransport zu forcieren, waren von Erfolg gekrönt. Schiffumschlag und die Zahl der abgefertigten Schiffe weisen gute Steigerungsraten auf.

Alle drei Unternehmungen des Wiener Hafens bilanzieren positiv. (Schluß)  
wh/rr

Bereits am 9. Februar 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!



## Mädchen vom Dach der Stadtbahn gerettet

Nun Ehrung durch das Land Wien

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Durch den koordinierten Einsatz von sechs Männern, die nun vom Land Wien ausgezeichnet wurden, konnte im September 1985 ein größeres Unglück verhindert werden: Ein elfjähriges Mädchen, das sich in Begleitung einer Freundin in einem Stadtbahnzug von einem Mann unsittlich belästigt fühlte, war in Panik auf das Dach des Wagens geklettert. In dieser gefährlichen Situation zwischen den Stationen Heiligenstadt und Nußdorfer Straße kam es zu einer raschen Hilfsaktion: Der Fahrer eines Gegenzuges bemerkte das Mädchen und verständigte die Betriebsinspektion der Verkehrsbetriebe, worauf der Fahrer des betroffenen Zuges in einer vorsichtigen Bremsung die Garnitur zum Stillstand brachte und die Stromabnehmer absenkte. Unter tatkräftiger Mithilfe von zwei Bahnhofsbediensteten und zwei Gleisarbeitern wurde das Kind geborgen und der Mann der inzwischen verständigten Funkstreife übergeben.

Am Montag überreichte Stadtrat Johann HATZL nun in Anwesenheit von Landtagspräsident Fritz HAHN diesen sechs Männern das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. Geehrt wurden Hubert RENOTh, der Fahrer des betroffenen Zuges, Rudolf NOWACEK, der Fahrer des Gegenzuges, die beiden Bahnhofsbediensteten der Verkehrsbetriebe Gerhard PICHLER und Rainer WEIGL sowie die beiden Gleisarbeiter Rudolf HOLPER und Ernst WENZEL. (Schluß) roh/bs



Die sechs Männer, die durch ihren vorbildlichen Einsatz ein größeres Unglück verhinderten und dafür von Stadtrat Johann Hatzl mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet wurden.



## **Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk**

### **Öffentliche Auflage**

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Alter Donau, Laberlweg/Fischerstrand und der U-Bahn-Trasse beziehungsweise der Wagramer Straße wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Der Planentwurf liegt vom 12. Februar bis 12. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Zusätzlich gibt es jeden Donnerstag Nachmittag während der Zeit der öffentlichen Auflage eine zusätzliche Informationsmöglichkeit in den Räumen der Bezirksvorstehung Donaustadt.

Dieser Bereich gehörte zum Gebiet, für das der städtebauliche Ideenwettbewerb „Donaustadt 2000“ abgehalten wurde. Der vorliegende Entwurf ist der erste Teil eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für diesen Stadtteil. Ziele sind die Erhaltung des durchgrünten Einfamilienhauscharakters, der betrieblichen Nutzung an der Wagramer Straße und die Sicherung der Erholungsfunktion. Durch besondere Bestimmungen soll die bauliche Ausnutzbarkeit von Grundstücken begrenzt werden. Für den Plangebietsteil westlich der Wagramer Straße wird vorerst nur die Flächenwidmung festgelegt, um nachteiligen Entwicklungen entgegenzutreten zu können. Die detaillierten Bebauungsbestimmungen werden später festgelegt. Entlang der Alten Donau wird der Bestand an Badehütten und Freizeiteinrichtungen gesichert. (Schluß) and/rr



## **Planungsausschuß genehmigte Bauvorhaben**

### **Wohnhausanlage mit 60 Wohnungen in Favoriten**

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Planung für eine städtische Wohnhausanlage in Favoriten sowie einige Straßenprojekte standen Montag nachmittag auf dem Programm des Gemeinderatsausschusses für Planung und Stadtentwicklung.

Die Wohnhausanlage in der Herzgasse 15 bis 19 im 10. Bezirk soll etwa 60 Wohnungen umfassen, davon 10 Wohnungen für Behinderte. In der Tiefgarage sind Stellplätze für 40 PKW vorgesehen. Außerdem wird in dem Gebäude, dessen Errichtungskosten auf 48 Millionen Schilling geschätzt werden, ein zweigruppiges Kindertagesheim eingerichtet. Mit der Planung für die Anlage wird der Architekt Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Josef KRAWINA beauftragt. Der Ausschuß genehmigte auch grundsätzlich einige Straßenprojekte in Liesing:

- Zwischen der Laxenburger Straße und der Großmarktstraße soll entlang des Liesingbaches ein Fußweg angelegt werden.
- Zur Erschließung des Betriebsbaugebietes Draschegründe Ost wird die Bürostraße ausgebaut.
- Ebenfalls der Erschließung des Betriebsbaugebietes Draschegründe, aber auch der Verkehrsentlastung des Ortskerns von Inzersdorf dient der Ausbau einer Straße zwischen der Richard-Strauss-Straße und der Laxenburger Straße.

Zur Behebung von Frostschäden und zur Herstellung von Asphaltbetonbelägen auf Fahrstreifen von Straßen des 10. und 23. Bezirks genehmigte der Planungsausschuß insgesamt 4,74 Millionen Schilling. (Schluß) sc/bs



## Stadtentwicklungsbericht 1986: Fortschritte und Probleme

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Ein weiterer Rückgang der Wiener Bevölkerung trotz erstmals positiver Wanderungsbilanz, ein weiterhin angespannter Arbeitsmarkt bei gleichzeitigem Ansteigen der offenen Stellen und Facharbeitermangel in einzelnen Branchen, eine stabile Entwicklung der Geschäftszentren innerhalb und eine Bedeutungszunahme von Hauptzentren außerhalb des Gürtels, eine immer stärkere Verlagerung des Wohnbaugeschehens auf die Stadterneuerung, jedoch nach wie vor keine Auflockerung in den zu dicht bebauten Stadtteilen und keine Milderung des Parkplatzproblems sowie eine zu dominierende Konzentration der Betriebsansiedlungen im Süden Wiens — das sind einige der wesentlichsten Ergebnisse und Tendenzen, die im Wiener Stadtentwicklungsbericht 1986 aufgezeigt werden, über den Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters informierte.

Seit dem Beschluß über den Stadtentwicklungsplan im Jahr 1984 wird jährlich ein Stadtentwicklungsbericht erstellt, in dem thematisch umfassend, aber in komprimierter Form, die wichtigsten — positiven wie negativen — aktuellen Tendenzen dargestellt und daraus zugleich Prognosen, aber vor allem auch Forderungen für die Zukunft abgeleitet werden. Der Stadtentwicklungsbericht zeigt, auf welchen Gebieten Fortschritte im Sinne der angestrebten Stadtentwicklung erzielt wurden, setzt sich aber kritisch gerade auch mit jenen Bereichen auseinander, wo es Probleme gibt, und fordert entsprechende Konsequenzen.

Die wichtigsten Schwerpunkte des Stadtentwicklungsberichtes 1986, dessen Rohfassung in den nächsten Tagen der Stadtentwicklungskommission vorgelegt werden wird:

### Wiener werden weniger

Der Trend der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre setzte sich auch 1985 und 1986 fort. 1984 zählte Wien 1,517.000 Einwohner, 1985 1,508.000 und 1986 ziemlich genau 1,5 Millionen. Diese Entwicklung ist nach wie vor auf das Geburtendefizit zurückzuführen, während die Wanderungsbilanz erstmals seit Jahren wieder einen Überschuß (702) zeigt.

### Mehr Arbeitslose, aber auch mehr offene Stellen

Das weiter zu beobachtende Ansteigen der Arbeitslosen in Wien wird gleichzeitig von einem starken Ansteigen gemeldeter offener Stellen begleitet. In einzelnen Branchen gibt es einen ausgeprägten Mangel an Facharbeitern. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern wesentlich geringer. In Wien ist derzeit etwa jeder fünfte Arbeitslose ein Jugendlicher im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, im übrigen Österreich jeder Dritte. Betroffen von der Jugendarbeitslosigkeit sind vor allem solche Personen, die ihre Schulausbildung oder Lehre abgebrochen haben. Entsprechend der Situation auf dem Wiener Arbeitsmarkt erscheinen daher vor allem Maßnahmen zur Weiterbildung bzw. Umschulung von Arbeitskräften erforderlich.

### Innere Stadt weiterhin Einkaufszentrum Nummer 1

Eine in Abständen von fünf Jahren durchgeführte genaue Analyse zeigt, daß die Innere Stadt nach wie vor das mit großem Abstand umsatzstärkste Einkaufszentrum Wiens ist und gegenüber 1981 eine weitgehend stabile Entwicklung aufweist. Eine außergewöhnliche Lagegunst hat das Gebiet um den Verkehrsknoten Wien-Mitte, wo es eine starke Tendenz zu weiteren Einrichtungen des tertiären Wirtschaftssektors gibt. Allerdings stehen diese Konzentrationstendenzen in einem gewissen Widerspruch zu den im Stadtentwicklungsplan festgelegten Zielen einer stärkeren Dezentralisierung zur besseren Versorgung der Stadtrandbezirke. Vor einer Umwidmung von weiteren derzeit unbebauten Flächen sollte deshalb eine genaue Analyse der Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklung erfolgen.



Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden in folgenden Geschäftszentren erzielt: Fußgängerzone Favoriten, Floridsdorf, Simmering, Donauzentrum, Hietzing und Hütteldorfer Straße (die der deutlichste Aufsteiger überhaupt ist).

Unterdurchschnittlich haben sich dagegen die Praterstraße, die Favoritenstraße im 4. Bezirk, die Wiedner Hauptstraße, die Lerchenfelder Straße, die Josefstädter Straße und die äußere Mariahilfer Straße entwickelt. Sonderfälle sind wegen des derzeitigen U-Bahn-Baues die Landstraßer Hauptstraße und die innere Mariahilfer Straße.

#### **Betriebsansiedlung: Zu wenig im Nordosten**

Die Betriebsansiedlung zeigt eine deutliche Präferenz der Unternehmen für den Süden Wiens. Lediglich 19 Prozent der in den vergangenen zwei Jahren vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds verkauften bzw. vermittelten Flächen liegen im Nordosten der Stadt. Gerade im 21. und 22. Bezirk wäre jedoch eine verstärkte Betriebsansiedlung nötig, um das Einwohner-Arbeitsplatz-Verhältnis zu verbessern und damit den donauquerenden Berufspendlerverkehr zu reduzieren. Der Stadtentwicklungsbericht empfiehlt deshalb, einerseits die Betriebsansiedlung im Süden Wiens zu verlangsamen und andererseits gemeinsam mit einem Ausbau des Förderungsinstrumentariums die Betriebsansiedlung im Nordosten zu forcieren.

#### **Parkplatzprobleme verschärft**

Während sich die Wohnbautätigkeit immer stärker zur Stadterneuerung verlagert, hat sich der Gegensatz zwischen der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und des Parkplatzangebotes für die Wohnbevölkerung weiterhin verschärft. Der Stadtentwicklungsbericht bemängelt, daß praktische Konsequenzen noch weitgehend fehlen. In einem aktualisierten Park-and-Ride-Programm werden folgende 15 Standorte an U- und S-Bahn-Linien vorgeschlagen: Hütteldorf, Ober St. Veit, Unter St. Veit, Schönbrunn, Reumannplatz, Heiligenstadt, Erdberg, Siebenhirten, Perfektastraße, Schöpfwerk, Liesing, Strebersdorf, Leopoldau, Atzgersdorf-Mauer und Brünner Straße. Diese 15 neuen Standorte umfassen etwa 2.500 Parkplätze, die Baukosten belaufen sich auf etwa 120 Millionen Schilling.

Im Bereich von Straßenbahn und Autobus kritisiert der Stadtentwicklungsbericht, daß die Beschleunigungsmaßnahmen bisher zu wenig durchgreifend gewesen seien. Positiv werden die zahlreichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bewertet: In den letzten beiden Jahren kamen 35 neue verkehrsberuhigte Zonen hinzu, im 22. Bezirk wurden in der Anton-Sattler-Gasse und in der Saikogasse Pilotprojekte für den Straßenrückbau realisiert, das LKW-Nachtfahrverbot hat sich bewährt, und ein Programm zur Schaffung von 30 km/h-Zonen ist in Vorbereitung. Auch das Radwegenetz konnte um 40 Kilometer auf 185 Kilometer erweitert werden, an 110 Stellen wurden Fahrradständer aufgestellt.

#### **Luftqualität verbessert**

Langjährige Überwachungen zeigen eine deutliche Verbesserung der Wiener Luftqualität, die SO<sub>2</sub>-Belastung wurde erheblich reduziert. Diese Erfolge wurden vor allem durch Maßnahmen im Bereich der Müllverbrennungsanlagen, der Kraftwerke sowie der Blockheizwerke erreicht. In Zukunft ist besonderes Augenmerk vor allem auch auf eine Reduzierung der Schadstoffemissionen von privaten Kleinf Feuerungen zu richten. Der nachträgliche Einbau von Fernwärmeheizungen in bestehende Wohnungen soll intensiviert werden.

#### **Grünflächenprogramm für das nichtbebaute Gebiet**

Rund 56 Prozent des Stadtgebiets sind Grün- und Freiflächen bzw. Gewässer. Wien liegt mit seinem Grünflächenanteil damit im absoluten Spitzenfeld der europäischen Großstädte. Allerdings gibt es in manchen

Forts. von Blatt 275

Forts. auf Blatt 277



dichtbebauten Stadtgebieten ein Grünflächendefizit. Zur Umsetzung der vom Wiener Landtag beschlossenen Grünlanddeklaration soll daher — analog dem Wohnbauprogramm — ein Grünflächenprogramm erstellt werden. Das gerade in den am dichtesten bebauten Bezirken das Angebot an unbebauten und im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Flächen äußerst gering ist, ergibt sich die Notwendigkeit des Ankaufs und der Freimachung von derzeit bebauten Liegenschaften. Der Vorschlag für einen entsprechenden Grundsatzbeschluss des Gemeinderates umfaßt insgesamt 32 Standorte mit einer Gesamtfläche von 136.000 Quadratmetern und Kosten von 440 Millionen Schilling.

#### **Kleingartenkonzept und „Wohnen im Grünen“**

Dem verstärkten Trend zum Wohnen im Grünen soll durch eine Forcierung entsprechender Wohnbauformen (verdichteter Flachbau, Reihenhäuser) Rechnung getragen werden. Zugleich wird im Kleingartenwesen eine Rückbesinnung auf die eigentliche Funktion des Kleingartens als einfache und kostengünstige Grünlandnutzung angestrebt. Darüber hinaus sollen neue und alternative Gartennutzungen wie Mietergärten geschaffen und gefördert werden.

#### **Schutz für den Wienerwald – Nationalpark Lobau**

Schutzmaßnahmen für den Wienerwald stellen ein besonderes Anliegen der Stadt Wien dar. Dazu gehört es, die immer stärker in die Erholungslandschaft eindringende Besiedelung des Wienerwaldes durch einen Widmungsstopp und weitere Rückwidmungen von Bauland in Grünland zu bremsen. Der Zusammenarbeit mit Niederösterreich kommt dabei größte Bedeutung zu. Die Wiener Lobau soll Teil eines Nationalparks Ost werden.

#### **Freizeitmagnet Donauinsel**

Der Stadtentwicklungsbericht enthält auch die Ergebnisse einer Reihe von detaillierten Untersuchungen und Forschungsvorhaben. So geht aus einer Untersuchung des Freizeitverhaltens der Wiener Bevölkerung hervor, daß sich die Donauinsel immer stärker zu einem Freizeitmagneten entwickelt. Von den 325.000 Bewohnern im engeren Donaauraum haben im vergangenen Sommerhalbjahr 20 Prozent die Donauinsel mindestens 30mal besucht, 43 Prozent mindestens 10mal, 68 Prozent mindestens zweimal und 76 Prozent mindestens einmal. Von der restlichen Bevölkerung Wiens haben in der gleichen Zeit neun Prozent die Donauinsel mindestens 30mal besucht, 20 Prozent mindestens 10mal, 41 Prozent mindestens zweimal und 54 Prozent mindestens einmal. Von den Bewohnern der Wiener Umlandgemeinden wird die Donauinsel ebenfalls in einem sehr hohen Maße frequentiert: Neun Prozent waren mindestens 30mal dort, 15 Prozent mindestens 10mal, 37 Prozent mindestens zweimal und 50 Prozent mindestens einmal.

#### **Untersuchung über Verfallserscheinungen**

Interessante Ergebnisse zeigt auch das Forschungsprojekt über „Stadtverfall“ (Blight). Dabei wird die Bausubstanz der Bezirke 1 bis 9 auf der Grundlage von Beobachtungen an straßenseitigen Gebäudefronten detailliert untersucht. Es zeigte sich, daß neben den Neubauten (12,1 Prozent) mehr als die Hälfte der Gebäude (54,6 Prozent) Altbauten ohne jegliche Verfallserscheinungen sind. 33,3 Prozent der Gebäude sind Altbauten, an denen gewisse Verfallserscheinungen festgestellt wurden. Zum überwiegenden Teil betrifft dies allerdings lediglich den Tatbestand einzelner leerstehenden Wohnungen oder Lokale. Nur bei 7,9 Prozent aller Gebäude wurde der Bauzustand als schlecht bewertet, nur bei 0,3 Prozent als abbruchreif. Die Erneuerungstendenzen spiegeln sich in der jüngsten Renovierungstätigkeit wider: Der Anteil dieser Gebäude erreicht mit 5,5 Prozent annähernd jenen Wert, den die Gebäude mit schlechtem Zustand (7,9 Prozent) aufweisen. Das heißt, daß die Quantität der Erneuerungstätigkeit in Summe etwa jener von Gebäuden mit schlechter Zustandsbewertung gleichkommt. (Forts. mgl.) ger/gg

Forts. von Blatt 276



### **Auch Bezirksvertretungen sollen Schlaglöcher melden**

Wien, 10.2. (RK-LOKAL) In der Pressekonferenz von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag mit, daß er die Bezirksvertretungen ersucht hat, Frostschäden auf den Wiener Straßen der Magistratsabteilung 28 bekanntzugeben. Je früher Schlaglöcher gemeldet werden, umso eher können sie auch provisorisch geschlossen werden. Die endgültige Sanierung kann allerdings aus technischen Gründen erst in der wärmeren Jahreszeit erfolgen, wenn keine Temperaturen unter dem Gefrierpunkt mehr auftreten.

Derzeit sind bis zu 25 Arbeitstrupps unterwegs, um Frostschäden zu beheben. Bei Bedarf werden zusätzlich Mannschaften von Firmen verpflichtet, die von Montag früh bis Freitag mittag rund um die Uhr eingesetzt werden können.

Meldungen über Frostaufbrüche nimmt die für die Straßenerhaltung zuständige MA 28 entgegen: Telefon 46 16 91, Montag bis Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr. (Schluß) sc/gg



## Wiener Umweltforderungen erfüllt

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Bei zwei Umweltforderungen des Landes Wien an den Bund zeichnen sich nun Erfolge ab, gab Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem Pressegespräch bekannt: In einem Brief an Landeshauptmann Zilk weist Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY darauf hin, daß die Wiener Forderung nach einem Verbot von halogenierten Kohlenwasserstoffen als Treibgas in Spraydosen — diese Verbindungen gefährden die Ozonschicht der Atmosphäre — in das Arbeitsprogramm der neuen Regierung Eingang gefunden hat. Im Kapitel Umweltpolitik des Übereinkommens heißt es unter den geplanten Vorhaben zur Luftreinhaltung: „Weitgehende Beschränkung der Verwendung von Chlorfluorkohlenwasserstoffen, schrittweises Verbot der Verwendung als Treibgas.“

Der zweite Wiener Erfolg betrifft das Zurückdrängen jener chemischen Mittel in der Tierzucht, die ausschließlich der Steigerung der Produktivität dienen. Der Entwurf der Futtermittelverordnungsnovelle 1986 enthielt u.a. die Substanz „Ronidazol“, gegen die Wien wegen ihrer krebserregenden Wirkung, wie berichtet, Einspruch erhob. In der Ende Jänner veröffentlichten Endfassung der Verordnung ist „Ronidazol“ nicht mehr enthalten, sein Einsatz ist daher verboten. Darüberhinaus ist derzeit ein neues, zeitgemäßes Futtermittelgesetz in Arbeit, das rückstandsfreie Lebensmittel tierischer Herkunft gewährleisten soll und das alte Gesetz aus dem Jahr 1952 ersetzen wird. (Schluß) red/bs



## **Experten-Gespräch über Psychotherapie**

### **Mehr Information und Koordination**

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Psychotherapie ist eine unbestrittene und unbedingt notwendige Behandlungsmethode geworden. Der einzelne, der einen Therapieplatz sucht, steht aber meist einer verwirrenden Vielfalt verschiedener Angebote gegenüber und hat zu wenig Information, welche Therapieform für ihn geeignet ist. Auch die Gesamtzahl der Therapieplätze ist zu gering.

Neurosen, Psychosen und psychosomatische Erkrankungen sollten regelmäßig psychotherapeutisch behandelt werden. Dazu sollen zunächst die Ärzte selbst über die einzelnen psychotherapeutischen Methoden und über die bestehenden Zuweisungsmöglichkeiten besser informiert werden. Dies wurde Montag nachmittag in einem Gespräch zwischen Wiener Psychotherapie-Experten und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER festgestellt.

Weiters soll die Information der Patienten über Therapiemöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den in Wien tätigen Therapeuten verbessert und Zuweisungen besser koordiniert werden.

Wenn die Bedeutung der Psychotherapie zurecht immer wieder betont wird, muß für den Patienten auch die Möglichkeit geschaffen werden, rasch und ohne große Hindernisse einen für ihn geeigneten Therapieplatz zu finden, sagte Stacher.

Arbeitsgemeinschaften und gemeinsame Auskunftsstellen sollen im Rahmen eines „Wiener Modells“ noch heuer für eine Verbesserung der Situation auf dem Gebiet der Psychotherapie sorgen. (Schluß) zi/r



## **Beschluß des Stadtsenats zum Thema AIDS-Untersuchungen**

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER brachte am Dienstag in der Sitzung des Stadtsenates einen Beschlußantrag zum Thema AIDS-Untersuchungen ein, der einstimmig angenommen wurde. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hob in seinem Pressegespräch am Dienstag hervor, daß es sich bei diesem Antrag um ein Bekenntnis zu den Untersuchungen von Spitalspatienten und Anstellungswerbern bei der Stadt Wien und gegen jede Diskriminierung handle.

Damit verbunden sei eine Aufforderung an den Bund, derartige Bluttests zu legalisieren, was mit einer Novelle des AIDS-Gesetzes möglich wäre. Wien sei mit seinen Untersuchungen beispielgebend. Stadtrat Stacher erklärte, daß man es bei der AIDS-Diskussion mit zwei großen Problemkreisen zu tun habe, mit der Erkrankung selbst und mit der AIDS-Angst. Im einzelnen beinhaltet der Beschlußantrag folgendes:

„Die Stadt Wien ist grundsätzlich gegen jede Diskriminierung und soziale Schlechterstellung von kranken, behinderten oder sonst gesellschaftlich benachteiligten Menschen. Dazu gehören auch an AIDS Erkrankte und serologisch HIV-positiv Gesunde. Selbstverständlich ist aber auch alles zu unternehmen, serologisch negativ Gesunde so weit wie möglich vor Ansteckung zu bewahren. Dazu wurden und werden epidemiologische Studien durchgeführt. Der Stadtsenat nimmt zur Kenntnis, daß diese Studien sich auch auf Patienten von Krankenanstalten und Einstellungsuntersuchungen beziehen. Vom Bund wird erwartet, daß für diese Blutabnahmen eine gesetzliche Regelung erfolgt.

Ein in diesem Rahmen erhobener positiver HIV-Antikörperbefund darf für sich allein bei nicht vorliegender Erkrankung kein Anstellungshindernis darstellen. Die bereits seit Jahren laufende seriöse Aufklärung der Bevölkerung ist fortzusetzen bzw. noch zu intensivieren.

Der amtsführende Stadtrat für das Gesundheits- und Spitalswesen wird beauftragt, dem Stadtsenat über das Ergebnis der demnächst stattfindenden Beratungen des Obersten Sanitätsrates mit den Landessanitätsdirektoren, bei denen auch die Frage routinemäßiger Einstellungsuntersuchungen zur Sprache kommt, zu berichten und im Zusammenwirken mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesminister, der Ärztekammer, der AIDS-Hilfe, dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien die Bevölkerung laufend aufzuklären und über aktuelle Entwicklungen zu informieren.“ (Schluß) red/gg



## **Reinigen der Straßen von Streusplitt hat begonnen**

Wien, 10.2. (RK-LOKAL) In der vergangenen Nacht wurde mit dem Reinigen mehrerer Straßenzüge von Streusplitt begonnen. 14 Kehrmaschinen waren bis 2 Uhr früh im Einsatz, mußten dann allerdings wegen Straßenglätte mit dem Kehren aufhören. Der frühzeitige Beginn des Einkehrens des Splitts soll helfen, übermäßige Staubentwicklung nach langen Trockenperioden zu vermeiden, sagte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Kehrmaschinen werden zunächst auf den Hauptverkehrsstraßen, auf denen auch am meisten gestreut wurde, eingesetzt. Je nach Witterung geht das Reinigen natürlich weiter. Nach dem Säubern der Hauptrouten kommen die anderen Straßenzüge an die Reihe. (Schluß) hrs/bs